

FreiBrief aus Berlin

8/2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

in seiner Sondersitzung am 17. Juli 2015 hat der Deutsche Bundestag dem Antrag der Bundesregierung über eine Mandatserteilung zur Aufnahme von Verhandlungen gem. § 13 Abs. 2 ESM-Vertrag zugestimmt. Aus meiner Sicht handelt es sich nach intensiver Prüfung der mir zur Verfügung stehenden Unterlagen um eine tragfähige Basis für weitere Verhandlungen mit Griechenland. Dies wird jedoch noch ein langer Prozess und im Ergebnis offener Weg. Die Eurozone bildet eine Stabilitäts- und Verantwortungsgemeinschaft. Ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone und die Rückkehr zu einer eigenen Währung würden eine Schuldenrestrukturierung ermöglichen und einen Neuanfang für das Land bedeuten. Dass sich die Hellenische Republik dazu nicht entschließen kann und dabei von Frankreich, Italien und der EU-Kommission unterstützt wird, ist bedauerlich.

Um eine Spaltung der Eurozone zu vermeiden, haben die Euroländer einen weitreichenden Reformkurs verabredet. Diese Reformen müssen jetzt nicht nur konkret ausgehandelt werden, sondern es muss auch die Frage beantwortet werden, wie die Schuldentragfähigkeit Griechenlands wieder hergestellt werden kann. Auch bei diesen Verhandlungen, deren Ergebnis offen ist, müssen alle Optionen in Betracht gezogen werden. Ein drittes Hilfs-Programm ist nur sinnvoll, wenn die Rückschläge der vergangenen Monate vermieden werden und die griechische Regierung eine völlig neue Entschlossenheit zeigt, künftige Programmauflagen auch wirklich umzusetzen.

Dennoch hat auch die Bundesregierung für den negativen Ausgang der Verhandlungen ausreichende Vorsorge zu treffen. Ich habe dem Antrag in der Erwartung zugestimmt, dass der von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble eingeschlagene konsequente Kurs weiter umgesetzt wird und gegebenenfalls eine Schuldenrestrukturierung Griechenlands außerhalb der Eurozone stattfinden kann.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	3
<i>Landesregierung agiert in Asylfragen über die Köpfe der Kommunen hinweg</i>	5
<i>Industrie 4.0 mehr Wunsch als Wirklichkeit</i>	6

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Männergesangsverein „Harmonie“ zu Gast in der Landesvertretung in Berlin

Anfang Juli haben sich 23 der 38 aktiven Mitglieder des Männergesangsverein "Harmonie" aus dem Donaueschinger Ortsteil Pföhren samt ihrer Partnerinnen auf den Weg gemacht, um die Bundeshauptstadt unter kulturellen und politischen Gesichtspunkten zu erkunden. Mit Blick auf die politischen Aspekte habe ich einen kleinen Beitrag leisten können, indem ich den Vereinsmitgliedern für eine Diskussion zu aktuellen politischen Themen aus Bund und Land zur Verfügung stand. Doch zu allererst gaben die Vereinsmitglieder eine musikalischen Kostprobe im Foyer der Landesvertretung zum Besten. In dem sich anschließenden Gespräch drehten sich viele Fragen um die zukünftige Ausgestaltung des Renteneintrittsalter, um mögliche Erfolgsstrategien für den Umgang mit den zunehmenden Flüchtlingszahlen, um die Lage in Griechenland samt mittel- und längerfristiger Prognosen, um den Länderfinanzausgleich und um die Frage, wann denn endlich die B27 zwischen Donaueschingen und Hüfingen vierspurig wird.



Im Gespräch mit Schülern des Gymnasiums am Deutenberg aus Villingen-Schwenningen

Mitten in der Sommerpause aber aufgrund der Griechenland-Sondersitzung in vollem parlamentarischem Trubel erlebten die Schüler der Klasse 10a des Deutenberg-Gymnasiums aus Villingen-Schwenningen ihren Besuch beim

Deutschen Bundestag. Wegen der damit verbundenen Präsenzpflicht und der parallel laufenden Parlamentsdebatte zur weiteren Griechenland-Politik hatte ich Gelegenheit, direkt mit den Schülern unter der Leitung ihrer Klassenlehrerin Sonja Maier am Rande der Debatte ins Gespräch zu kommen. Aber nicht nur Griechenland bestimmte das Gespräch und die Fragen der Schüler. Persönliche und auch praktische Fragen rund um das Mandat wurden im weiteren Verlauf ebenso angesprochen. Beispielsweise erfuhren die Schüler von mir, dass ich in der Schule am meisten Geschichte mochte und eher keine guten Erinnerungen an das Fach Chemie habe. Die Frage nach dem größten persönlichen Erfolg im Bundestag musste ich jedoch relativieren, da Bundespolitik ein vielschichtiger Prozess ist, an dem sich viele beteiligte Personen mit einem gewissen Beitrag einbringen, aber am Ende kaum jemand allein verantwortlich für das Ergebnis ist. Abschließend wollten die Schüler wissen, ob ich denn gern Bundesminister sein würde. Meiner Meinung nach kann man ein solches Amt nicht „einplanen“. Man wäre als Politiker aber fehl am Platz, wenn man den damit einhergehenden Gestaltungsspielraum nicht nutzen würde.



Zivile Krisenprävention als Thema im terrorgeschüttelten Kenia

Obwohl Kenia in wirtschaftlicher Hinsicht und auch wegen der verfassungsgemäßen Strukturen vielen anderen Ländern in Afrika ein Vorbild ist, gibt es dennoch zahlreiche gesellschaftliche Probleme und innenpolitische Schwierigkeiten, die vor allem vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs nach den Parlamentswahlen im Jahre 2008 mit mehr als 1.300 Toten und 600.000 Binnenflüchtlingen, jederzeit wieder aufbrechen könnten. Die bisher nicht ausreichend

aufgearbeiteten ethnischen Spannungen werden dadurch verstärkt, dass die islamische Terror-Miliz al Shabaab das Land regelmäßig mit blutigen Anschlägen in Atem hält. Ein Übriges besorgen die verschärften Sicherheitsgesetze der kenianischen Regierung, die die Freiheits- wie auch die Menschenrechte massiv einschränken. Diese schwierige Gemengelage war dafür Anlass genug, dass einige meiner Kollegen aus dem Unterausschuss „Zivile Krisenprävention“ und ich für einige Tage nach Kenia reisten. In zahlreichen Gesprächen mit verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, mit der kenianischen Menschenrechtskommission, mit führenden geistlichen Vertretern von Katholiken, Protestanten, Moslems und Hindus sowie den Abgeordnetenkollegen des Parlaments in Nairobi haben wir immer wieder die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Christen und der muslimischen Minderheit und die Möglichkeiten thematisiert, wie den Menschen bessere Perspektiven im eigenen Land geboten werden könnten. Schließlich ist die Arbeitslosigkeit mit etwa 40%, unter Jugendlichen sogar bei 65%; ein sozialer Sprengsatz. Meiner Meinung nach kommt es insbesondere darauf an, dass die Regierung bemüht sein muss, einen integrativen Ansatz zu wählen und sich stärker als bisher auf die notwendigen Versöhnungs- und Dialogprozesse zu konzentrieren. Wenn die Menschen miteinander sprechen, dann legen sie keine Bomben und schießen auch nicht. Die Schuld allein nur dem Nachbarn Somalia in die Schuhe zu schieben, ist schließlich keine Lösung. Dadurch werden Hass und Misstrauen nur weiter geschürt.



Deutschland und Europa haben Interesse an einem stabilen Jemen



In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause befasste sich der Bundestag unter anderem mit dem Bürgerkrieg im Jemen und die damit verbundene

große humanitäre Not der fast 21 Mio. Jemeniten. Als erster Redner für die CDU/CSU-Fraktion unterstrich ich noch einmal die gegenwärtige Dramatik, die sich in derzeit knapp 3.000 Toten, 13.000 Verletzten sowie 1 Mio. Binnenflüchtlinge widerspiegelt. Diese Fakten allein sind für mich schon aus humanitärer Perspektive Grund genug, dass Deutschland und Europa sich stärker als bisher für eine Entspannung der Lage im Jemen engagieren müssen. Aber auch darüber hinaus haben wir ein eigenes Interesse daran, dass der Jemen nicht noch weiter an Staatlichkeit und Stabilität verliert. Denn sonst könnten die Flüchtlingszahlen auch von dort noch weiter deutlich steigen. Und natürlich ist das zunehmende Machtvakuum im südlichsten Land auf der arabischen Halbinsel eine gefährliche Keimzelle des internationalen Terrorismus, der seine perfide Ideologie weiter mit Attentaten in die Region aber auch darüber hinaus bis nach Europa exportieren wird. Jetzt gilt es, möglichst schnell einen Waffenstillstand unter internationaler Kontrolle mit Rückzug der Huthi-Milizen und Rückkehr des legitimen Präsidenten aus dem Exil auf den Weg zu bringen. Für eine dauerhafte Stabilisierung des Jemen ist es aber besonders wichtig, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen in die Regierung haben, die dafür aber in der Lage sein muss, das Machtmonopol auszuüben. Dieses Ziel kann nur durch die Schaffung handlungsfähiger staatlicher Strukturen gelingen. In diesem Zusammenhang ist für mich die Hilfe der EU in Form einer sog. Trainings- und Capacity Building Mission denkbar.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Philosophie und Hightech bei der Kübler Gruppe

Bei einem Besuch in der Schwenninger Firmenzentrale der Kübler-Gruppe erhielt ich bei einer Firmenpräsentation durch die beiden geschäftsführenden Gesellschafter Gebhard und Lothar Kübler einen umfassenden Einblick in die Abläufe und Strukturen eines der weltweit führenden Spezialisten in der Positions- und Bewegungssensorik, Zähl- und Prozesstechnik sowie der Übertragungstechnik. Das seit 55 Jahren bestehende Familienunternehmen in zweiter Generation ist für mich Sinnbild für eine klare, langfristige Strategie als unabhängiges, inhabergeführtes mittelständisches Familienunternehmen mit stark internationaler Ausrichtung. Der Exportanteil von über 60 Prozent, acht internationale Gruppenmitglieder und engmaschig vernetzte Servicevertretungen in über 50 Ländern macht für mich den Erfolg und das Wachstum der letzten 10 Jahre eindeutig nachvollziehbar. Während des anschließenden Unternehmensrundganges beeindruckte mich besonders die seit 2009 umgesetzte „Kaizen-Philosophie“. Kaizen kommt aus dem Japanischen und bedeutet: "Kontinuierliche Verbesserung in kleinen Schritten". Ziel ist es, dass alle 400 Mitarbeiter kontinuierlich daran arbeiten, Systeme, Prozesse und Produkte ständig zu verbessern. Eine, wie ich finde, bemerkenswerte Wertschöpfungs- und Nachhaltigkeitsstrategie, die durch Teilhabe aller Mitarbeiter an der Optimierung der projektzentrierten Arbeits-, Produktions- und Logistikkabläufe deutlich macht, wie erfolgreich man international sein kann, wenn alle an einem Strang ziehen.



18. Hausacher „LeseLenz“

Als Bundestagsabgeordneter für das Obere Kinzigtal besuchte ich die erstmalig im Rahmen des Hausacher „LeseLenz“ durchgeführte Inklusionslesung in der katholischen Stadtkirche St. Mauritius. Dabei wurde ein literarisches Werk der finnischen Schriftstellerin Satu Taskinen in die Gebärdensprache übersetzt. In einem zweiten Teil des Abends wurde vom Chor des Robert-Gerwig-Gymnasiums Hausach gemeinsam mit dem Schulchor des Gymnasium Athenaeum Stade, dem Partner-Chor der Schule, ein ausgesprochen mitreißendes und vielseitiges Konzert mit abwechslungsreichem Chorsatz präsentiert. Diese Verbindung von Literatur, Gebärdensprache und hochklassigem Chorgesang war ein wirklich einmaliges Erlebnis. Angesichts von etwa 750.000 Gehörlosen, die ausschließlich in Gebärdensprache kommunizieren, empfinde ich diese Erfahrung als einen weiteren Schritt, um den Inklusionsgedanken stetig voranzubringen. Fest steht jedenfalls, erst wenn Kommunikation ohne Hürden stattfindet, verstehen sich die Menschen.



Fördererfest der „Off Road Kids“-Stiftung in Bad Dürkheim

Gemeinsam mit meinem Kollegen aus dem Landtag, Karl Rombach, besuchte ich das jährliche Fördererfest von Off Road Kids. Die Organisation, die Streetworkerstationen in Berlin, Hamburg, Dortmund und Köln, zwei Kinderheime und mit dem Institut für Pädagogikmanagement auch eine Hochschuleinrichtung in Bad Dürkheim unterhält, ist vollständig privat

organisiert und finanziert. Das macht die Einrichtung unabhängig und in Deutschland einzigartig. Besonders bemerkenswert ist für mich die hochprofessionelle Arbeit, bei der gerade nur das Beste für die Jugendlichen gut genug ist und der es seit 1994 gelungen ist, über 3500 Kinder und Jugendliche von der Straße zu holen. Es wird immer mindestens ein mittlerer Bildungsabschluss, eine Berufsausbildung und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt angestrebt. Der geradezu überragende Erfolg und die Unterstützung namhaftester Sponsoren aus ganz Deutschland - beispielsweise die Deutsche Bahn oder die Vodafone-Stiftung - geben dem Konzept von Initiator, Motor und Vorstandssprecher Markus Seidel Recht.



Wirtschaftsrat thematisiert Außenpolitik und deren Auswirkungen auf die Region

Die Sektion Villingen-Schwenningen / Donaueschingen des Wirtschaftsrates der CDU lud mich zu einer Mitgliederversammlung ein, um über die Krisen in der Welt und deren unmittelbaren Auswirkungen vor Ort zu diskutieren. Deutschland trägt Verantwortung in der Welt. Angesichts der Krisen und deren Auswirkungen auf Deutschland ist es folgerichtig, dass wir uns mehr in der Welt engagieren und uns insbesondere für die Einhaltung universeller Menschenrechte einsetzen müssen. Dies allerdings nicht nur aus der historischen Verantwortung heraus, sondern kann durchaus auch mit Eigeninteressen begründet werden. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Terrorgefahr durch Islamisten und andere Fanatiker, die aktuellen Flüchtlingsströme, die unsere Sozialsysteme belasten, oder die Handelshemmnisse nach Russland seit

der Ukraine-Krise. Jedes einzelne dieser Themen erläuterte ich ausführlich anhand konkreter Beispielen. Im Hinblick auf eine mögliche Autonomie der Ostukraine brachte ich die Mitglieder des Wirtschaftsrates auf den neusten Stand, plädierte im Bereich der Flüchtlingsunterbringung für wichtige Landeskompetenzzentren in Baden-Württemberg, an denen Bund und Land gemeinsam konzentriert an einer schnellen und unbürokratischen Bearbeitung der Asylverfahren beteiligt sind und erläuterte die Feinheiten und Besonderheiten des Freihandelsabkommens TTIP. Mir war wichtig, dass man mit TTIP Standards setzen kann, an denen sich künftig alle anderen Länder orientieren müssen, die mit den USA oder der EU Handel betreiben wollen und das man getrost als Leitlinie für den weltweiten Handel der nächsten Jahre bezeichnen kann. Ansonsten setzen andere diese Maßstäbe, wenn wir die hier und jetzt gebotene Chance verstreichen lassen. In zahlreichen Fragen nutzten die Mitglieder des Wirtschaftsrates die Möglichkeit, wichtige Themen wie den demografischen Wandel oder den Fachkräftemangel der mittelständischen Betriebe in der Region zu thematisieren. Hier hob ich die Bedeutung einer qualifizierten Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt hervor und stellte abschließend klar, dass nur mit einer spürbaren jährlichen Zuwanderung der aktuelle Wohlstand und unsere sozialen Sicherungssysteme Bestand haben können.



Sommerfest der CDU Bräunlingen

Bei teilweise sintflutartigen Hagel- und Regenschauern hatte mich der CDU-Stadtverband Bräunlingen zu seinem Sommerfest auf „Cyrill's Hütte“ eingeladen. Eine Einladung der ich gerne gefolgt bin, um mit den Menschen ins Gespräch

zu kommen, bei denen meine Bundestagskarriere ihren Anfang genommen hat. In zahlreichen Gesprächen diskutierten die örtlichen Mitglieder mit mir die aktuellen Themen der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Natürlich waren Griechenland und die Deutsche Asylpolitik ebenso dominierende Themen des Abends wie die Infrastrukturpolitik und die bevorstehende Landtagswahl. Auch die Folgen der Krimkrise in der Ostukraine und die damit einhergehende Distanzierung zu Russland erläuterte ich detailliert. Ich gab zu Bedenken, an wie vielen „Frozen Conflicts“ Russland momentan unmittelbar beteiligt ist und machte deutlich, dass den Hackerangriff auf das Intranet des Deutschen Bundestages nur ein sehr mächtiger Geheimdienst technisch und strukturell durchführen kann. In der Griechenland-Frage zu einem möglichen 3. Hilfspaket, verwies ich auf meine persönliche Erklärung, in der ich deutlich mache, dass ich dem Vorschlag von Wolfgang Schäuble zu einem zeitweiligen Austritt Griechenlands aus der Eurozone durchaus einiges abgewinnen kann. In der Asyl- und Zuwanderungsdiskussion sprach ich mich für mehr sichere Drittstaaten in den Balkanländern aus. Dazu ist es wichtig, Kompetenzzentren einzurichten, um Asylanträge innerhalb der nötigen Drei-Monats-Frist zu bearbeiten. Nach einem positiven Asylbescheid brauchen wir aber den sofortigen Beginn von Maßnahmen wie Beschulung der Kinder und Deutschkurse für Erwachsene mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Wir brauchen eine Unterbringung mit Augenmaß, damit die Landkreise und Kommunen ihren hoheitlichen Aufgaben auch vollumfänglich nachkommen können. Abgelehnte Asylbewerber hingegen müssen schnell und konsequent in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.



90-jährige Erfolgsgeschichte der Feuerwehr Behla

Der Hüfinger Ortsteil Behla feierte in den vergangenen Wochen ganz besondere Ereignisse. Erst verkündete Bundesverkehrsminister Dobrindt den Zuschuss für die Ortsumfahrung entlang der B 27 und dann feierte die Freiwillige Feuerwehr auch noch ihr 90-jähriges Bestehen. Seinen Ursprung fand die Wehr im Januar 1925 durch einen Zusammenschluss von 55 Männern, nach dem es Monate zuvor zwei Großbrände in der Ortschaft gab. In Zeiten vieler Unglücksfälle war das damals ein großartiger Schritt zu mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger von Behla. Gegenwärtig leisten 61 aktive Feuerwehrkameraden Tag und Nacht professionelle Arbeit und jeder Einzelne opfert einen Großteil seiner Freizeit. Die größte Abteilung der fünf Hüfinger Ortsteile feierte mit vielen Ehrengästen, wie Bürgermeister Anton Knapp, Ortsvorsteher Uwe Schnekenburger oder Kreisbrandmeister Florian Vetter. Ehrenamtliches Engagement sichert eine hohe Lebensqualität. Ein Stichwort, das nirgends besser als in Behla fällt. Nachdem der Bund jetzt das Geld für das „Großprojekt B 27 Ortsumfahrung Behla“ bereitgestellt hat, erwarte ich von der Landesregierung, dass nach jahrzehntelangem Warten noch in diesem Jahr der erste Spatenstich erfolgt und sich die erfolgreiche Entwicklung der Ortschaft fortsetzt.



Landesregierung agiert in Asylfragen über die Köpfe der Kommunen hinweg

Die Landesregierung hat Ende Juli mit einer Vorlaufzeit von weniger als zwei Tagen für 350

Flüchtlinge Notunterkünfte in Villingen-Schwenningen und Donaueschingen eingerichtet. Dies geschah ein weiteres Mal über die Köpfe der betroffenen Kommunen hinweg. So hat sich in Donaueschingen der Gemeinderat einstimmig gegen die weitere Aufnahme von 200 Flüchtlingen in der ehemaligen Kaserne ausgesprochen, um den unter Volldampf laufenden Konversionsprozess nicht zu gefährden. Bereits heute sind knapp 300 Flüchtlinge in Donaueschingen untergebracht. Der Gipfel der Unverschämtheit ist, dass die Stadt nur über Dritte davon erfährt und das Regierungspräsidium Feuerwehreute der Stadt anfordert, um die Kaserne bezugsfertig zu machen. Der Amtschef des Integrationsministeriums Baden-Württemberg ist jedoch nicht in der Lage, der Stadt auch nur ansatzweise Auskünfte zur Situation zu geben. Mit einem derart stümperhaften Verwaltungshandeln gefährdet die Landesregierung die hohe Akzeptanz der Flüchtlinge in der Bevölkerung und die Aufnahmebereitschaft in den Städten. Eigentlich sollte doch mit dem Flüchtlingsgipfel des Ministerpräsidenten vom vergangenen Montag die Arbeit der Landesregierung professionalisiert und die Anliegen der Kommunen endlich ernst genommen werden. Jetzt scheint es so, dass die neu eingerichtete Task Force der Landesregierung vollständig über die Köpfe der betroffenen Städte und Gemeinden hinweg agiert: Weder die Kommunen, noch die Bürger werden informiert und Zusagen werden nicht eingehalten. Wie auch schon in Meßstetten, Ellwangen, Heidelberg und Karlsruhe. Auch im Falle von Donaueschingen wurden alle gemachten Zusagen schon heute gebrochen. Besonders ärgerlich ist, dass die überproportionale Belastung von Villingen-Schwenningen und Donaueschingen nur deshalb erfolgt, weil die Landesregierung bis heute nicht in der Lage war, in Südbaden eine Landeserstaufnahmeeinrichtung einzurichten. Die große Zahl von Flüchtlingen, die aktuell nach Deutschland und Baden-Württemberg kommen, ist natürlich eine

große Herausforderung für alle Beteiligten. Schlechter als die Landesregierung kann man damit aber nicht umgehen. Diese Regierung ist ein Ausfall auf der ganzen Linie!

Industrie 4.0 mehr Wunsch als Wirklichkeit

Anlässlich der jährlichen Veröffentlichung des Mittelstandspanels durch die Beratungsgesellschaft PwC im Auftrage des Bundesverbands der Deutschen Industrie habe ich mich zur Bedeutung der Digitalen Revolution in Form einer Pressemitteilung geäußert. Die Digitale Revolution wird leider nicht nur in den Unternehmen noch immer unterschätzt, sondern gerade auch in der Politik. Das sieht man letztlich immer wieder auch am schlafwandlerischen Umgang der grün-roten Landesregierung mit dem Thema Breitbandausbau.



Erfahren Sie [hier](#) mehr zu diesem Thema.

Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de

Internet: www.thorsten-frei.de

facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU